

südseite

02/24

Sanierungszeitung für die Südliche Friedrichstadt | Semt yenileme gazetesi | صحيفة اصلاح وتأهيل المنطقة

Seite 4/5 - »Substanzerhaltende Maßnahmen« für F1 und KMAntenne

Seite 6 - Kraftakt: Die Sanierung der Wilhelmstr. 2-6

Seite 7-11 - Block 616: Abschluss der Stadtwerkstatt / Die Entwürfe

Seite 12 - Wie geht es am Blücherplatz weiter?





Nachrichten

Vormerken: BSR-Kieztag

Wer den BSR-Kieztag am 2. Juli am Mehringplatz verpasst hat, aber noch Sperrmüll oder nicht mehr benötigte Gegenstände loswerden will und etwas mobiler ist, kann sich den nächsten Termin in der Friedrichstadt vormerken: am Samstag, dem 31. August macht die BSR von 8 bis 13 Uhr erneut Stopp, diesmal an der Krausenstraße 20. Dort können Sie kaputte oder alte sperrige Dinge kostenfrei entsorgen, etwa Kleinmöbel, Teppiche, Elektrogeräte und Alttextilien. Nicht mitgenommen werden Schadstoffe wie alte Farben und Lacke, Batterien oder Bauschutt. Gleichzeitig können Sie Dinge, die noch gut erhalten und zu schade zum Wegwerfen sind (z.B. Spielzeug, Kleinmöbel, Geschirr, Koffer), vor Ort auf dem Tausch- und Verschenkemarkt abgeben – dort finden sie vielleicht ein neues Zuhause. Was am Ende des Tages nicht mitgenommen wird, wird der »NochMall« zur Verfügung gestellt, dem BSR-Gebrauchtwarenkaufhaus. Informationen zu den BSR-Kieztagen sowie den Terminen in den Berliner Bezirken unter www.bsr.de

Aus dem Sanierungsbeirat

Die wichtigsten Themen der letzten Sanierungsbeiratssitzung am 22.5. waren:

- Stadtteilzentrum Friedrichstr. 1-3
- Rückblick auf den Tag der Städtebauförderung am 4. Mai
- Vorstellung der Anlaufstelle für Beteiligung des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg

Der nächste Sanierungsbeirat fand am Mittwoch, dem 10. Juli 2024 außerplanmäßig in der Kiezstube am Mehringplatz statt.

Termine und Protokolle der Sitzungen finden Sie unter www.sanierung-suedliche-friedrichstadt.de.

Sprechstunde Sanierungsgebiet

In der Kiezstube (Mehringplatz 7) wird einmal wöchentlich eine Sprechstunde zum Sanierungsgebiet durch den Sanierungsbeauftragten Stadtkontor angeboten. Die Sprechstunde findet jeden Mittwoch von 14 bis 17 Uhr statt.

Kostenlose Mieterberatung

Immer dienstags bietet asum für Mieterinnen und Mieter von 15 bis 17 Uhr kostenlose Sprechstunden mit einem Mietrechtsanwalt und einem Mieterberater in der Kiezstube am Mehringplatz 7 an. Die Sprechstunden können ohne vorherige Terminvereinbarung besucht werden.

»Südseite« per Mail

Sie möchten die aktuelle Zeitung lieber auf elektronischem Weg als PDF erhalten? Schreiben Sie uns einfach eine kurze E-Mail an redaktion-suedseite@gmx.de mit dem Stichwort »E-Versand«, und wir nehmen Sie gern in unseren Mail-Verteiler auf!

»Südseite« im Internet

Die »Südseite« findet man auch im Internet mit sämtlichen bisher erschienenen Ausgaben als PDF: unter www.sanierung-suedliche-friedrichstadt.de/links-und-downloads/sanierungszeitung-suedseite/

Inhalt / İçindekiler

- Podiumsdiskussion zum Mehringplatzkiez / Fachstelle gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt
Mehringplatz mahallesi / Konut piyasasında ayrımcılığa karşı uzman birim tarafından düzenlenen panel
- Stadtteilzentrum F1 und KMAntenne:
Den Weiterbetrieb ermöglichen
Bölge merkezi F1 ve KMAntenne:
faaliyetlerin sürdürülmesini sağlamak
- Brandbrief des Quartiersrates zu F1 und KMAntenne
Mahalle konseyinden F1 ve KMAntenne hakkında uyarı mektubu
- Sanierung der Wilhelmstraße 2-6:
Ein Kraftakt für alle
Wilhelmstrasse 2-6'nın yenilenmesi:
Herkes için bir güç gösterisi
- Block 616: Ergebnisse der Stadtwerkstatt und Vorstellung der Entwürfe
Blok 616: Kenttsel çalıştayın sonuçları ve tasarımların sunumu
- Block 619: Wie geht es mit der ZLB und drumherum weiter?
Blok 619: ZLB ve çevresindeki bölge için sırada ne var?
- Rückblick Gewerberundgang / Hafenplatz
İş turunun gözden geçirilmesi / liman meydanı
- Veranstaltungen / Anlaufstelle für Beteiligungen
Etkinlikler / Yatırımlar için irtibat noktası
- Eddi und die Fußball-EM
Eddi ve futbol formaları
- Das Letzte: Ein König auf dem Lastenrad
Son haber: Yük bisikletli bir kral

Impressum Südseite 2/2024

10. Jahrgang: Erscheinungstermin Juli 2024

Herausgeberin: asum GmbH, Charlotte Weber (V.i.S.d.P.), Thaeerstr. 30d, 10249 Berlin, Tel. 030-29 34 31 18, info@asum-berlin.de, www.asum-berlin.de im Auftrag des Bezirksamts Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin, www.sanierung-suedliche-friedrichstadt.de

Redaktion: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich
Redaktionsanschrift: Südseite c/o U. Steglich, Elisabethkirchstr. 21, 10115 Berlin, Tel. 030-283 31 27
redaktion-suedseite@gmx.de

Übersetzung: Zehra Kübel

Fotoredakt.: Christoph Eckelt, eckelt@bildmitte.de

Entwurf & Gestaltung: Kai Dieterich, www.morgen-berlin.com

Welche Durchmischung?

Eine Diskussionsrunde des taz lab im Besselpark widmete sich dem Mehringplatzkiez

»Soziale Durchmischung: Wie geht das? Die Südliche Friedrichstadt zwischen Sanierung und Verdrängung« war der Titel einer Diskussionsrunde, die im Mai im Rahmen des »taz lab«-Aktionstages im Besselpark stattfand.

Den Anstoß für diese Debatte hatte ein Artikel von Manja Präkels und Markus Liske gegeben, der im Dezember in der taz erschienen war und sich mit der Entwicklung des Kiezes rund um den Mehringplatz und den früheren Blumengroßmarkt beschäftigte. Die These des Artikels lief in Kurzfassung darauf hinaus, dass sich die Stadtplanung in den letzten Jahren zu sehr auf die Entwicklung des Blumengroßmarkt-Areals zum »Kultur- und Kreativquartier« konzentriert habe und der Mehringplatz dabei zu kurz gekommen sei. Allerdings hatte der publizistisch-polemische Rundumschlag auch bei etlichen Anwohnern eher ein Kopfschütteln hervorgerufen.

Am Diskussionstisch im Park saßen u.a. Baustadtrat Florian Schmidt, Markus Liske, die Stadtteilmutter Nurhayat Skortzki, die Architektin Benita Braun-Feldweg (bfstudio-architekten/Metropolenhaus) sowie Gebietsvertreter und Anwohner des Mehringplatzes. Dass es sehr unterschiedliche Definitionen von »Durchmischung« gibt, zeigte schon der Anfang der Diskussion im Besselpark. Denn Nurhayat Skortzki plagte weniger die Angst vor Gentrifizierung, vielmehr befand sie: »Wir sind schon durchmischte«, sogar privat

– sie selbst sei ja mit einem Deutschen verheiratet. Sie lobte die Nachbarschaft: »Die Mischung ist schon gut.« Was sie vielmehr vermisse, sei fehlendes Grün rund um den Mehringplatz, Angebote für Senioren und für Jugendliche ab 14 Jahren sowie mehr Mittel für Schulen. Auch Anwohner Andreas Kerschbaumer, der auch in der Gebietsvertretung aktiv ist, mochte an den Neubauten rund um den Blumengroßmarkt nichts Verwerfliches finden. Zwar sei von deren kulturellen Angeboten am Mehringplatz wenig zu spüren, aber die Durchwegungen seien sehr gut. Die Architektin Benita Braun-Feldweg, die selbst an einem Projekt (»Metropolenhaus«) am Blumengroßmarkt beteiligt ist, wies darauf hin, dass es dort eine Querfinanzierung gebe: Der Verkauf von Wohn- und Gewerbeinheiten in den Obergeschossen ermöglichte es erst, dass auch nichtkommerzielle Projektflächen für wenig oder gar kein Geld angeboten werden können – zur Nutzung durch Schulen etwa oder durch soziokulturelle und gemeinnützige Projekte. Das fand wiederum die Stadtteilmutter Nurhayat

Skortzki interessant: Sie höre zum ersten Mal von solchen Angeboten, man müsse im Kiez mehr kommunizieren, fand sie.

Gunther Hagen, wie Kerschbaumer in der Gebietsvertretung aktiv, machte darauf aufmerksam, dass die Selbstbaugenossenschaft Berlin eG am Blumengroßmarkt mit ihrem Hausprojekt nicht nur genossenschaftliches Wohnen zu günstigen Mieten anbiete, sondern auch bezahlbare Ateliers. Ebenso werde Betreutes Wohnen durch einen sozialen Träger bereitgestellt.

Letztlich war es eine eher unaufgeregte Debatte, zu der auch gehörte, dass Journalist Markus Liske zu Recht auf die Bedeutung der Friedrichstraße 1-3 mit ihren Projekten für den Kiez hinwies und auf die dringend notwendige Sanierung. Doch sämtliche Probleme am Mehringplatz vom Gewerbeleerstand über die Supermarktschließung und Missstände in Gewobag-Häusern bis zur jahrelangen BVG-Baustelle allein »der Stadtplanung« anzulasten, ebenso wie eine »gefühlte Benachteiligung« – das war den meisten hier doch zu simpel. US



»Fair mieten – fair wohnen«

Seit Oktober 2023 hat die asum GmbH die Trägerschaft des Arbeitsbereichs »Strategie und Vernetzung« der Berliner Fachstelle gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt, »Fair mieten – Fair wohnen« übernommen. Menschen mit nicht deutsch klingenden Namen haben es auf dem Wohnungsmarkt deutlich schwerer als andere Bewerberinnen und Bewerber:

diese Erfahrung mussten schon viele machen. Deshalb wurde 2017 die Fachstelle »Fair mieten – fair wohnen« ins Leben gerufen. Ihr Ziel ist es, öffentlich auf Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt aufmerksam zu machen und Strategien dagegen zu entwickeln und umzusetzen. Dafür sucht sie den Dialog mit der Wohnungswirtschaft, Politik und Verwaltung, Beratungsstellen, Selbstorganisationen von Betroffenen sowie sozialen Trägern und Verbänden. Außerdem berät und begleitet die Fachstelle Menschen, die Diskriminierung auf dem

Wohnungsmarkt erfahren haben. Die Fachstelle wird von der »Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung« (LADS) der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung gefördert. Sie ist ein Kooperationsprojekt zwischen der asum GmbH und dem Türkischen Bund in Berlin Brandenburg e.V. (TBB).

Kontakt: TBB, Oranienstr. 53, 10969 Berlin, Tel. 62731668. Mehr Infos unter <https://fairmieten-fairwohnen.de/>

»Substanz-erhaltende Maßnahmen«

Ab dem Herbst sollen wenigstens die gravierendsten Schäden in der Friedrichstraße 1-3 behoben werden, damit das F1 und die KMA weiterarbeiten können

Der bauliche Zustand der Friedrichstraße 1-3 bereitet schon seit Jahren Sorgen – und die werden immer größer, je länger eine grundlegende Sanierung des maroden Gebäudes auf sich warten lässt. Die Sorge ist auch deshalb so groß, weil die F1-3 praktisch das soziokulturelle Herz des Gebiets ist: Im Alltag vieler Anwohnerinnen und Anwohner, vor allem Kinder und Jugendlicher, aber auch für Ältere, sind das Stadtteilzentrum F1 und die KMAntenne in der Friedrichstraße 2-3 wichtige und vielgenutzte Orte.

Doch die Arbeit, die dort geleistet wird, ist zunehmend durch den besorgniserregenden baulichen Zustand beeinträchtigt. Deshalb war die Friedrichstraße 1-3 erneut Thema auf dem Sanierungsbeirat im Mai.

Matthias Klockenbusch, der seit Februar Leiter des F1 ist, stellte zunächst die Arbeit des Unionhilfswerks vor. Das Unionhilfswerk ist seit dem Sommer 2021 Träger des Stadtteilzentrums. Gemeinsam mit den bereits ansässigen Projekten und Initiativen sowie Anwohnerinnen und Anwohnern werden Unterstützungs- und Freizeitangebote im Haus (weiter-)entwickelt. Dabei sollen auch mögliche Perspektiven für neue Angebote eröffnet und ausprobiert werden. Seit Februar gibt es zwei zusätzliche Stellen für Gemeinwesenarbeit in der Friedrichstadt Süd, um ein Stadtteilzentrum aufzubauen. Damit, so Klockenbusch, habe man aber nicht beim Nullpunkt angefangen, weil es ja schon viele Initiativen und Vereine im Haus gab, beispielsweise den Verein Mina e.V. oder auch die Kantine der KMA. Derzeit könnten aber lediglich 33 bis 40% des Hauses genutzt werden. Räume wie der Nachbarschaftsraum, der Familienraum oder das Begegnungszentrum mit Garten würden mehrfach genutzt. Allerdings seien die meisten Räume nicht barrierefrei, nicht mal die Toiletten. Außerdem gebe es wegen eines Dach-



schadens aktuell keinen Beratungsraum mehr. Doch die Schäden sind weitaus gravierender: neben dem defekten Dach und daraus resultierenden Wasserschäden geht es um Brandschutz, Elektroleitungen, defekte Toiletten, Schäden durch Taubendreck und vieles mehr.

Das Problem: die Gebäude sind über 50 Jahre alt und müssten eigentlich dringend grundlegend saniert werden. Doch das würde mehr als 25 Millionen Euro kosten – mehr, als der Bezirk derzeit aufbringen könnte. Auch das Städtebauförderprogramm »Lebendige Zentren und Quartiere« hilft hier nicht weiter: Die benötigte Summe würde dessen Jahresetat für ganz Berlin verschlingen. Vom Senat ist derzeit angesichts des Sparhaushalts keine schnelle Hilfe zu erwarten.

Dennoch soll demnächst repariert werden: Matthias Klockenbusch vom Unionhilfswerk und Herr Celik vom bezirklichen Amt für Soziales berichten von konkreten Maßnahmen, die kurzfristig erforderlich sind, um die Bausubstanz wenigstens für den laufenden Betrieb zu erhalten.

Diese Maßnahmen umfassen die Instandsetzung des Dachs, der Lichtanlage, der Klingelanlage, der Trinkwasserrohre, der Toilettenanlagen, die Wiederherstellung des Brandschutzes sowie den Bau einer barrierefreien Toilette.

Der geplante Baubeginn am 30.09.2024 kann nicht mehr eingehalten werden kann, weil die Bauplanungsunterlage noch nicht abschließend geprüft und bestätigt ist. Der aktualisierte Terminplan sieht einen Baubeginn nunmehr erst für Anfang kommenden Jahres vor. Allerdings ist auch diese Planung weiterhin als vorläufig zu betrachten, da die Finanzierung erst zum Teil gesichert ist.

Sobald die Umsetzung der Maßnahmen beginnen, müssen Gebäudeteile zeitweilig geschlossen werden. Die Arbeiten werden über einen Zeitraum von 10 Monaten und in zwei Abschnitten (F1 und F2-3) durchgeführt. Dabei werden anfangs das Stadtteilzentrum F1 für fünfeneinhalb Monate und im Anschluss wechselseitig die Räumlichkeiten der F2-3 für viereinhalb Monate geschlossen, wobei geplante Veranstaltungen jeweils in den parallel geöffneten Räumlichkeiten des anderen Gebäudeteils stattfinden können. Geplant ist, dass das gesamte Gebäudeensemble im Laufe dieser Gesamtzeit für ca. zwei Wochen komplett geschlossen bleibt.

Die Gesamtkosten dieser Maßnahmen liegen bei 1,741 Mio. Euro. Davon wird ein Teil über das Landesprogramm SIWANA (Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt und Nachhaltigkeitsfonds) finanziert, weitere Mittel werden derzeit akquiriert. Für die noch ausstehende umfassende Gebäudesanierung konnten aus dem Bund-Länder-Förderprogramm »Lebendige Zentren und Quartiere« zumindest die Mittel für die Entwurfsplanung (Bauplanungsunterlagen, kurz BPU) gesichert werden. Mit der zuständigen Senatsverwaltung soll nun darüber gesprochen werden, ob aus diesen Fördermitteln auch die dringend notwendigen Instandsetzungsarbeiten finanziert werden können. Für die tatsächliche Kernsanierung der Gebäude gibt es noch keine Finanzierung. Im Bezirk jedenfalls steht das F1 inzwischen ganz oben auf der Prioritätenliste. *Ulrike Steglich*

Mehr zur Arbeit des Unionhilfswerks und den Angeboten im F1 auf der Website www.f1-mehringplatz.de

Dokumentation

Offener Brief des Quartiersrates Mehringplatz zur Rettung der Friedrichstraße 1-3 an den Berliner Senat

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Wegner, sehr geehrter Herr Evers, sehr geehrte Frau Kiziltepe, sehr geehrte Frau Günther-Wünsch,

den zahlreichen Presseartikeln der letzten Monate werden Sie sicher bereits entnommen haben, dass sich der Mehringplatz-Kiez im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg (aktuell rd. 5.500 Bewohner) zunehmend zu einem sozialen Brennpunkt entwickelt. Es grassieren Jugend- und Drogenkriminalität, Vandalismus sowie gewalttätige Auseinandersetzungen. Kaum ein Tag vergeht mehr ohne Polizeieinsatz, bei den Anwohner:innen wächst die Angst. Diese Entwicklung kommt nicht von ungefähr. Vielmehr lässt sich sehr klar benennen, was dem Kiez fehlt und auf welche Weise, der soziale Frieden wiederhergestellt werden könnte. Ein ganz entscheidender Punkt hierfür wäre eine Ausweitung der Kinder- und Jugendarbeit sowie der sozialen Angebote für die Nachbarschaft. Doch das Gegenteil ist der Fall, und das liegt vor allem an der jahrzehntelang verschleppten baulichen Sanierung des Stadtteilzentrums sowie der Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung KMA in der Friedrichstr. 1-3.

In der Friedrichstraße 1, die als Stadtteilzentrum samt Kiezzgarten und von Dienstag bis Freitag geöffneter Kiezkantine für viele – vor allem ältere – Bewohner:innen ein zweites Zuhause darstellt, mussten aufgrund von

Schimmel und Wasserschäden bereits einige der dringend benötigten Räume geschlossen werden. Auch in der Friedrichstraße 2 kommt es bei starkem Regen vermehrt zu Wassereintrüben. Die Haustechnik in dem vor 50 Jahren errichteten Komplex ist so veraltet und marode wie die Fassade, die Heizungs- und Lüftungsanlage, die Fensterkonstruktion und das Dach. In der KMAntenne (aktuell: 200-300 Besucher:innen pro Tag) dürfen sich aus Brandschutzgründen inzwischen nur noch sieben Personen gleichzeitig im obersten Stockwerk aufhalten. Wenn nicht zeitnah saniert wird, besteht die Gefahr, dass der gesamte Gebäudekomplex gesperrt werden muss. Dabei ist seine Sanierung seit Beginn des Sanierungsgebietes 2009 in der Kostenplanung des Bezirks aufgelistet. Es kam jedoch nie zur Bewilligung der Maßnahmen. Aktuell heißt es, eine Sanierung des Komplexes könne frühestens im Jahr 2032 in der Finanzierung berücksichtigt werden. Bei den Kostensteigerungen der letzten Jahre, wäre eine wirtschaftliche Sanierung im Jahre 2032 nicht wirklich realistisch. Das ist für uns aufgrund der oben dargestellten Situation nicht hinnehmbar!

Um Ihnen zu verdeutlichen, was das bedeuten würde: Schon heute hat das Viertel die schlechtesten Einschulungsuntersuchungsergebnisse im ganzen Bezirk. Viele der hier lebenden Familien wohnen mit 5-9 Personen in 2,5-3

Zimmerwohnungen. Zahlreiche Kinder und Jugendliche im Gebiet verbringen daher ihren gesamten Alltag außerhalb der Wohnung – ohne Geld, ohne Perspektive, voller Wut.

Die Anwohner:innen des Mehringplatzes fordern daher, dass die Sanierung der Friedrichstraße 1-3 zeitnah umgesetzt wird, damit die bestehenden Angebote für die Nachbarschaft, für Senioren ebenso wie für Kinder und Jugendliche, weitergeführt und ausgebaut und mehr durch Sozialarbeiter:innen und Erzieher:innen betreute, geschützte Räume geschaffen werden können! (...)

Auch, weil der Bedarf an soziokulturellen Nachbarschaftsorten größer wird. Mit der geplanten Nachverdichtung auf dem AOK-Parkplatz, sowie den angrenzenden Neubaugebieten am Postcheckamt und in der Franz-Künstler-Straße kommen in den nächsten Jahren Tausende neuer Nachbarn in das ohnehin dicht besiedelte Viertel! Daher ist es zwingend nötig, dass die Sanierung zeitgleich mit den gerade entstehenden Neubauprojekten abschließt und die KMAntenne sowie die F1 mehr Personal zur Verfügung gestellt bekommen. Auch, weil 2027 das Quartiersmanagement-Gebiet am Mehringplatz auslaufen wird. Dies bedeutet für alle ansässigen Träger und die Bevölkerung einen großen Verlust.

Unsere Forderung:

Bevor unser Kiez kippt und das in den letzten Jahren Erreichte verpufft: Kein Aufschieben mehr!

Sofortige Einleitung der Sanierungsmaßnahmen, bevor noch ein größerer Schaden entsteht – am Gebäude und in der sozialen Struktur des Gebiets! Für die Dauer der Bauarbeiten könnten übergangsweise die zahlreichen leerstehenden Gewerbeflächen von der HOWOGE zur Aufrechterhaltung der bestehenden Angebote der F1 und der KMAntenne genutzt werden. Das wäre eine niedrigschwellige, pragmatische Übergangslösung!

Wir bitten um Darstellung Ihrer Perspektive bis zum 05.07.2024.

Mit freundlichen Grüßen
Der Quartiersrat des Mehringplatzes



Ein Kraftakt für alle Beteiligten

Die Grundsanierung der Wilhelmstraße 2-6 läuft, Konflikte bleiben nicht aus

Als die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft HOWOGE im Jahr 2021 die Gebäude Wilhelmstraße 2-6, Mehringplatz 12-14 und Friedrichstraße 245+246 mit insgesamt 376 Mietwohnungen sowie etlichen Gewerbeeinheiten ankaufte, trat sie ein schweres Erbe an – und die Mieterschaft atmete auf.

Denn in den Jahren zuvor, als die Wohnanlage sich noch im Eigentum diverser Immobilienfonds befand, waren die Gebäude immer mehr verwahrlost: dreckige Treppenhäuser, kaputte Klingeln, Rattenbefall, herabfallender Putz, Wassereinbrüche in den Wohnungen, Schimmel aufgrund defekter Rohre und Dächer. Wegen der unhaltbaren Zustände veranstaltete die Mieterinitiative »Mehringplatz West – Es reicht!« im Sommer 2019 unter reger Medienbegleitung ihre erste Demo. Und tatsächlich erfüllte sich ihre Forderung nach Übernahme der Gebäude durch das Land Berlin, in diesem Fall vertreten durch die HOWOGE.

Die Mieterinitiative lobt ausdrücklich die Kooperationsbereitschaft der HOWOGE und die gute Zusammenarbeit in den letzten Jahren. Während der Corona-Pandemie tauschten beide in Videokonferenzen regelmäßig ihr Wissen und Informationen aus. Zudem gestalteten sie zusammen ein Straßenfest und ein Sommerfest, die Wohnungsbaugesellschaft unterstützt auch andere Aktivitäten der Mieterschaft wie die Gießgruppe, die sich um das Grün rund um den Wohnkomplex kümmert.

Doch die eigentliche Belastungsprobe begann im letzten Herbst: mit der dringend notwendigen Grundsanierung der Gebäude. »Strangsanierung« bedeutet auch, dass jede einzelne Wohnung für ca. sechs Wochen zur Baustelle wird. Die Maßnahmen waren lange vorbereitet und der Mieterinitiative vorgestellt worden. Im letzten Sommer hatte die Wohnungsbaugesellschaft außerdem eine große Mieterversammlung einberufen, um über die allgemeinen Bauabläufe, die Zeitplanung und Härtefall-Regelungen zu

informieren. Jede Mietpartei, die den Kriterien entsprach, konnte einen Antrag auf eine Härtefallregelung stellen. Die Betreuung dieser Härtefälle übernahm die HOWOGE selbst mit ihrem Personal des Sozialmanagements in Abstimmung mit dem Bezirksamt. Zudem verfügt die von ihr beauftragte Planungsgesellschaft SPP, die für die Planung und Bauüberwachung zuständig ist, über eine eigene Mieterbetreuung und berät in diesem Rahmen ebenfalls Mieter. Alle Mietparteien können sich darüber hinaus bei persönlichen Fragen im Sanierungsprozess bei der im Kiez bekannten Mieterberatung asum beraten lassen. Wer schon einmal selbst eine Grundsanierung erlebt hat, kann nachvollziehen, was die Mieter gerade durchmachen: Die Wohnung ist etwas Existenzielles und immerhin der private Schutz- und Rückzugsraum. Diese Wohnungen sind nun für jeweils ca. sechs Wochen eine kaum bewohnbare Baustelle, wegen der Strangsanierung müssen Dixie-Toiletten und Behelfsduschen vor dem Haus benutzt werden, Bauarbeiter gehen ein und aus, überall ist Schutt, Staub und Baulärm. Wer irgendwie kann, zieht in dieser Zeit zu Freunden oder Verwandten, Härtefälle erhalten ein Umsetzquartier. Jede einzelne der über 350 Mietparteien ist ein individueller Fall mit jeweils eigenen Lebensumständen und Bedürfnissen. Und viele geraten durch die Bauarbeiten an die Grenzen ihrer Belastbarkeit. Die Unzufriedenheit wächst, wenn Mietern nicht klar ist, an wen sie sich wenden sollen oder für die Mieter nach der Abnahme der Sanierungsmaßnahmen die eigentliche Arbeit erst anfängt. Die Mieterinitiative erhält viele Anfragen von Betroffenen, die sich beispielsweise handwerklich nicht selbst helfen können, vermittelt und sucht nach Lösungen, wo sie kann. Die HOWOGE ihrerseits steht unter vielfachem Druck: In der Wohnanlage am Mehringplatz muss ein genau durch getakteter Realisierungsplan eingehalten werden, die Kosten der Sanierung sind immens. Ursprünglich veranschlagt waren 15 Mio. Euro, wegen erheblich gestiegener Baukosten sind es jetzt schon 23 Millionen Euro. Das Sanierungsvorhaben ist alles andere als einfach: Die einzelnen Wohnungen sind sehr unterschiedlich geschnitten, aufgrund der komplizierten Geschichte der Wohnanlage existierten nicht mal vollständige und exakte Baupläne. Und trotz aller Vorgespräche



mit den Mietern stellt sich manchmal erst im Zuge der Arbeiten heraus, dass einzelne Mieter nicht angezeigt haben, dass sie Härtefälle sind und besondere Sozialplanverfahren brauchen.

Die HOWOGE trifft auf eine überaus diverse Bewohnerschaft: 340 Mietparteien aus ca. 30 Nationen, die unterschiedliche Sprachen sprechen und unterschiedliche kulturelle Hintergründe mitbringen. Dazu gehören Erstmieter mit akademischem Abschluss ebenso wie Menschen, die sich nur schwer auf Deutsch verständigen können, hilfebedürftige Senioren oder Familien, die auf äußerst beengtem Raum leben müssen. Und eine engagierte und kritische wie selbstbewusste Mieterinitiative.

Allen Beteiligten wird dabei viel abverlangt und zwangsläufig führt das zu Reibungen und Konflikten. Deshalb finden monatliche Sanierungsrundens statt, bei denen Vertreter der HOWOGE und der Planungsgesellschaft SPP, des Bezirksamts, des Gebietsbetreuers Stadtkontor und der Mieterinitiative an einem Tisch sitzen und den aktuellen Stand und die auftauchenden Probleme besprechen. Diese Kommunikation ist angesichts der komplexen Materie nicht immer einfach – aber sie ist der einzige Weg für alle Beteiligten, um gemeinsam diesen Kraftakt mit Geduld und Respekt zu bewältigen. Denn irgendwann wird auch diese Sanierung überstanden sein, und die Mietparteien können nach fast 20 Jahren im »maroden Wasserschloss« beruhigter in grundsanierten Wohnungen leben.

US

Masterplan noch nicht in Sicht

Das Werkstattverfahren zur Entwicklung des Blocks 616 ist beendet

Das Werkstattverfahren zur Entwicklung des »Blocks 616« ist im April zu Ende gegangen. Die vier Entwürfe, die von vier verschiedenen Bürogemeinschaften im Zuge des Verfahrens entwickelt wurden, stellen wir Ihnen auf den folgenden Seiten vor. Ein fertiger Masterplan liegt aber noch nicht vor. Um ihn zu entwickeln, müssten zunächst die Eigentumsverhältnisse auf dem Baugrundstück vereinheitlicht werden.

Denn nach wie vor besitzt die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft HOWOGE nur einen Teil der Fläche, auf der künftig der in Berlin so dringend benötigte bezahlbare Wohnraum entstehen soll. Ein recht großer Teil des Areals besteht aus einem wenig genutzten Parkplatz der AOK, die diesen aber gar nicht benötigt – auf der anderen Seite der Friedrich-Stampfer-Straße gibt es ja auch noch reichlich Abstellplätze für PKW. Doch die AOK will diese Fläche nicht selbst entwickeln, die HOWOGE will sie für eine Entwicklung kaufen. Deshalb, so könnte man denken, dürfte das Grundstücksgeschäft eigentlich kein Problem sein.

Aber es tut sich nichts – und das, obwohl die Rahmenplanung des Sanierungsgebiets schon seit März 2013 von einer »behutsamen baulichen Nachverdichtung« auf dem Parkplatz aus-

geht. Zudem ist der Hauptteil des künftigen Baugeländes seit 2020 Eigentum der HOWOGE und damit indirekt in städtischem Besitz. Doch die AOK Nordost ist kein landeseigenes Unternehmen wie die HOWOGE, das vom Senat über den Aufsichtsrat in gewissen Grenzen gesteuert werden kann. Die Krankenkasse ist eine »Körperschaft des öffentlichen Rechts in Selbstverwaltung«. Sie gehört ihren Mitgliedern in den Bundesländern Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern und untersteht nur der Rechtsaufsicht des Brandenburgischen Gesundheitsministeriums. Zum Verkauf des Parkplatzes kann sie von staatlichen Institutionen nicht angewiesen werden.

Und die AOK Nordost scheint es damit nicht besonders eilig zu haben. So liefern die Ergebnisse des Werkstattverfahrens zum Block 616 vorerst nur Anregungen. Denn die vier Entwürfe beziehen sich auf das gesamte Gelände zwischen der Wohnanlage der HOWOGE und dem Büroturm der AOK, einschließlich der Friedrich-Stampfer-Straße, die der Bezirk beisteuert. Sie unterscheiden nicht nach den Eigentumsverhältnissen einzelner Grundstücksteile. Theoretisch könnte man die Entwürfe natürlich auch an die Grundstücksgrenzen anpassen und diese später von unterschiedlichen Bauherren bebauen lassen. Das erfor-

derte aber zusätzlichen Aufwand, u.a. weil man die Gebäude im Inneren des Blocks ja erschließen müsste, ohne den jetzigen AOK-Parkplatz nutzen zu können. Und für die Nachbarschaft würden sie die Belastung durch die Baustellen schier endlos hinziehen. Deren Ruhe wird ja künftig auch durch das Bauvorhaben auf der nördlichen Seite der bestehenden Wohnanlage der Wilhelmstraße 2-6 gestört. Vor die will ein privater Investor einen langen Riegel von neun bis zwölf Geschossen stellen. Das Baurecht dafür hat er sich bereits erstritten, sanierungsrechtlich ist er allerdings auf maximal sieben Geschosse beschränkt. Das Sanierungsrecht gilt aber nur zeitlich beschränkt. Wenn das Sanierungsgebiet Südliche Friedrichstadt wie geplant im Jahr 2026 aufgehoben wird, darf der Investor deutlich höher bauen. Entsprechend gespannt verfolgt die in der »Mieterinitiative Mehringplatz-West« organisierte Mieterschaft der HOWOGE das Verfahren um die mögliche Bebauung der Südseite ihrer Wohnanlage. Sie ist zwar derzeit durch die Grundsanierung ihres Wohnhauses belastet (siehe auch Seite 5), hat sich aber dennoch in größerer Zahl am 11. April an der Stadtwerkstatt III zum Abschluss des »zweistufigen städtebaulichen Werkstattverfahrens« beteiligt.

In den Räumen der AOK-Nordost wurden vier unterschiedliche Entwürfe von vier Büros bzw. Bürogemeinschaften vorgestellt und in kleinerer Runde an vier Tischen diskutiert. Dabei unterschieden sich die Bewertungen der bezirklichen Fachgremien und der »interessierten Stadtgesellschaft« zwar durchaus. Unter dem Strich aber kommen beide Gruppen zu einem ähnlichen Ergebnis. Als Favorit geht offensichtlich das Büro ISSS aus dem Wedding aus dem bisherigen Werkstattverfahren hervor. Ob dieses Büro aber im nächsten Schritt auch den Masterplan ausarbeiten wird, ist noch nicht entschieden. Bei dessen Entwicklung müsste nämlich der Bauherr deutlich stärker mitreden. Vertreter der HOWOGE und der AOK Nordost verfolgten zwar aufmerksam die Debatten des Werkstattverfahrens, vermieden es aber, sich inhaltlich zu positionieren. Den Bebauungsplan, der am Ende das notwendige Baurecht herstellen soll, können im Verfahren der »kooperativen Baulandentwicklung« aber nur Bezirk und Bauherr zusammen entwickeln. cs





»Quartiersnische und Stadtzimmer«

Entwurf: Teleinternetcafe (Kreuzberg) und Treibhaus Landschaftsarchitektur (Hamburg)

Der Entwurf des Kreuzberger Architekturbüros »Teleinternetcafe« und des Hamburger Büros für Landschaftsarchitektur »Treibhaus« hat Stärken und Schwächen. Die »interessierte Stadtgesellschaft« stand ihm eher kritisch gegenüber, auch in den Fachgremien des Bezirks kam er nicht durchgehend gut an.

»Teleinternetcafe« ist der Lokalmarktmotor unter den beteiligten Büros und hat seinen Sitz in der Lobeckstraße ganz in der Nähe des Blocks 616. Es ist in ganz Deutschland aktiv, in Berlin hat das Büro zusammen mit »Treibhaus« zum Beispiel das städtebauliche Werkstattverfahren zur Entwicklung des »Hauses der Statistik« unweit des Alexanderplatzes gewonnen. Der Entwurf für den Block 616 schlägt drei klar voneinander getrennte Frei-

flächen mit jeweils eigenen Qualitäten vor: das »Urbane Stadtzimmer«, das »Grüne Stadtzimmer« und die »Quartiersnische«. Dabei ist der mittlere Hof, das »Grüne Stadtzimmer« von der Welt außerhalb des Blocks abgeschottet: zur Wilhelmstraße gelangt man nur über einen eingeschossigen Durchgangsbau, zur Friedrichstraße nur über den vorhandenen engen Durchgang. Eine Durchwegung, die auch von der Öffentlichkeit genutzt wird, ist offenbar nicht vorgesehen. Das stößt in der Fachwelt auf Kritik. Das »Urbane Stadtzimmer« öffnet sich dagegen zur Wilhelmstraße und der neue Quartiersplatz im Süden zum Mehringplatz hin. Beide Freiflächen werden von den Fachgremien positiv bewertet. Sie steigern den Wert der Wohnanlage nicht nur ökonomisch, sondern vor allem auch sozial aus der Sicht der Anwohnenden. Zwei winkelförmige Baukörper geben Struktur und ermöglichen eine recht dichte Bebauung. An der Wilhelmstraße erhebt sich über einem eingeschossigen Sockel (in den gut z.B. ein Supermarkt passen würde) ein siebengeschossiges Gewerbegebäude. Gleich daneben würde ein 12-geschossiger Wohnturm den Hochpunkt bilden. Der U-förmige zweite Baukörper im

Inneren des Blocks wäre sechs bis siebengeschossig und ist für Wohnen vorgesehen, in der Erdgeschosszone soll sich soziale Infrastruktur ansiedeln können. In diesem Vorschlag soll das bestehende Gebäude an der Friedrichstraße 246 mit Wohnungen aufgestockt werden. Der Entwurf bietet Platz für unterschiedliche Wohnungsgrößen, die von verschiedenen Haushaltstypen genutzt werden können. Das ermöglicht eine Vielfalt, die sich positiv auf das soziale Klima auswirkt. Viele Wohnungen wären von zwei Seiten belichtet. Das Gewerbehaus an der Wilhelmstraße würde als Lärmschutz-Barriere für die dahinter liegenden Wohnhäuser dienen. Der neue Wohnraum wäre also von guter Qualität. Kritisch diskutiert wurde auf der Stadtwerkstatt insbesondere von Nachbarinnen und Nachbarn die große Baumasse, die den Mieterinnen und Mietern des vorhandenen Wohnriegels den Blick aus ihrem Fenster verstellt. Bereits bestehende Defizite, so deren Forderung, dürften sich durch den Neubau nicht noch weiter verstärken.

cs



»Facettenreiche Neulinge«

KCAP (Rotterdam, Zürich, Paris und Shanghai)

Der Vorschlag des niederländischen Architekturbüros KCAP kam im Fachpublikum relativ gut an, weniger gut jedoch bei den interessierten Bürgerinnen und Bürgern.

KCAP ist international tätig, in Berlin bislang aber noch nicht aktiv – dafür aber umso mehr in Hamburg, wo das Büro vor etwa 25 Jahren den Masterplan für die Hafencity entwickelte, in der es auch heute noch mehrere Projekte umsetzt.

KCAP schlägt zwei geknickte und in ihren Höhen gestaffelte Baukörper auf dem Grundstück vor, die sich nach Meinung der Fachleute im Bezirk gut in die Umgebung der Wohnanlagen am Mehringplatz einfügen. Die Abstände zueinander und zu den vorhandenen Bestandsbauten seien gut ausbalanciert und erzeugten gut proportio-

nierte Stadträume in Verbindung mit einem sinnvollen Nutzungsangebot. Der Hochpunkt dieser Staffelung befindet sich an der Wilhelmstraße: ein turmförmiger Baukörper (13 Geschosse, 41 Meter Höhe) sitzt, von der Straße aus gesehen, leicht zurückversetzt auf einem dreigeschossigen Sockel. Dies erzeuge einen »menschlichen Maßstab«.

Die Vermittlung zwischen den neu entworfenen und den unterschiedlich hohen Bestandsbauten sei gelungen. Parallel zum bestehenden Wohnriegel entstehen weitere Baukörper zumeist von relativ geringer Höhe (4–5 Geschosse, 14,5–16 Meter Höhe). Die Anordnungen und Grundrisse der Räume innerhalb der Baukörper werden fachlich als gut bewertet.

Gemeinschaftsräume in den Erdgeschossen werden als eine positive und gemeinschaftsfördernde Ergänzung zu den vorgegebenen Nutzungen für Wohnen und Gewerbe gesehen. Gewürdigt wird von der Fachwelt weiterhin, dass klar definierte Freiräume mit unterschiedlichem Charakter entstehen. Es gibt klar signalisierte (halb-) öffentliche Zonen, die auch der Nachbarschaft in einem weiteren Umfeld offen stehen, und solche, die eher privat von den Mieterinnen und

Mietern genutzt werden sollen. Durchwegungen sowohl in Ost-West-Richtung als auch auf der Nord-Süd-Achse sind möglich.

Die Angebote im Freiraum seien einerseits begrüßenswert kleinteilig und differenziert, andererseits vermisse einige einen identitätsstiftenden Zusammenhalt für den neuen Ort.

Die Diskussionen in der Werkstatt umkreisten vor allem die Frage der verträglichen Höhenentwicklung im Blockinneren mit ihren unmittelbaren Auswirkungen auf die Wohnqualitäten im Bestand. Auf Kritik aus der unmittelbaren Nachbarschaft stieß vor allem der Zehngeschosser in der Mitte des Blocks, der 32 Meter hoch werden soll und sich parallel zum Bestandsgebäude erstrecken würde.

Damit würde vielen Mieterinnen und Mietern der Blick auf den Himmel und den Horizont unmittelbar verstellte. Die Wohnqualität im Bestandsbau würde sinken – in bestimmten Wohnungen sogar stark.

cs



»New kids on the block«

ISSS research / architecture / urbanism (Wedding)

Das junge und auf nationaler Ebene zunehmend renommierte Büro »ISSS research / architecture / urbanism« überzeugte mit seinem Vorschlag sowohl das Fachpublikum als auch die Stadtgesellschaft.

ISSS ist im Wedding angesiedelt und hat u.a. den städtebaulichen Entwurf für das ULAP-Quartier (am westlichen Ende der Invalidenstraße zwischen Alt-Moabit und Hauptbahnhof) entwickelt, wo mehrere bis zu 101 Meter hohe Hochhäuser entstehen sollen. In dem Entwurf von ISSS zum Block 616 sind auf dem westlichen Grundstücksteil zwei Gebäude entlang der Straßenflucht der historischen Wilhelmstraße platziert. Der Hochpunkt befindet sich in der südwestlichen Ecke des Areals direkt an der Wilhelmstraße und bildet, von der Stresemannstraße aus gesehen, zusammen

mit dem benachbarten AOK-Hochhaus ein städtebauliches Ensemble. Zwischen dem neuen 14-Geschosser (46 Meter) und dem zweiten Solitärgebäude (acht Geschosse, 25 Meter Höhe) spannt sich auf der historischen Achse der Wilhelmstraße der zentrale »Klimaplatz« mit Schwammstadtgärten auf. Im östlichen Innenbereich des Blocks 616 entsteht ein relativ niedriger Sechsgeschosser (ca. 19 Meter hoch), zur Friedrichstraße hin soll ein echter Eingangsbereich (»Friedrich Entrée«) entstehen, wozu ein Teil des bestehenden zweigeschossigen Gewerbehouses abgerissen und ein weiterer Teil auf fünf Geschosse (16 Meter) aufgestockt wird. In den Kombinationen von niedrigen Sockeln und aufsteigenden Gebäudeteilen werden die Höhenprofile der Gebäude in der Nachbarschaft aufgenommen. Dabei werden ausreichende Abstände zu den bestehenden Gebäuden eingeplant: Das lässt nicht nur Raum für den Erhalt des alten, gewachsenen Baumbestands. Auch gewohnte Ausblicke bleiben auf diese Weise für die bestehende Mieterschaft weitestgehend erhalten. Das kam bei dieser sehr gut an: Offensichtlich hat sich das Büro sehr große Mühe dabei gegeben, die Perspektive der Bestands-

mieterinnen und -mieter in seine Überlegungen mit einzubeziehen. Der »Quartiersplatz« im Zentrum des Blocks wird von sozialen und gewerblichen Einrichtungen umgeben und schafft so einen Anlaufpunkt auch für die weitere Nachbarschaft. Der jetzige Straßenquerschnitt der Friedrich-Stampfer-Straße wird reduziert. Zwischen dem östlichen Solitərbau und der Ringbebauung des Mehringplatzes entsteht ein weniger stark frequentierter Freiraum, der sich als Spielhof und Freifläche für die angrenzende Kita eignet.

Die Baukörper sind zum Teil ziemlich tief – variable Wohnungsgrundrisse scheinen jedoch möglich zu sein. Eine besondere Aufmerksamkeit legt der Vorschlag auf eine durchgehende Wegeverbindung zwischen Friedrich- und Wilhelmstraße. Diese Verbindung wird im Bezirk sehr positiv gesehen. Allerdings sollte man in der »produktiven Gasse« entlang des Bestandsgebäudes natürlich alles vermeiden, was größere Menschenansammlungen und lärmintensive Freizeitaktivitäten fördert. Doch andererseits muss auch eine soziale Kontrolle des Raumes sichergestellt werden: die Aufgabe erfordert auf der Detailebene noch reichlich Fingerspitzengefühl. cs



»Die Türme«

caramel architektinnen zt gmbh (Wien)
und HKK Landschaftsarchitektur GmbH
(Frankfurt am Main, Dresden)

Das Architekturbüro caramel ist bislang vor allem in Wien aktiv und ist dort mehrfach preisgekrönt, unter anderem für die Beteiligung künftiger Mieter der Wohnanlage »Wildgarten« an der Planung ihrer Wohnungen und ihres Wohnumfeldes.

Der Entwurf des Büros besticht durch seine Innovationskraft. Der Bauherr müsste sich allerdings auf Unbekanntes einlassen und dadurch ein schwer zu kalkulierendes Risiko eingehen. Realistisch wäre deshalb eher die Umsetzung von Teilelementen, etwa bei der Gestaltung der Freiflächen. Der Entwurf stieß in der Fachwelt hinsichtlich seiner architektonischen Machbarkeit auf Skepsis, kam jedoch bei der Stadtgesellschaft ziemlich gut an. Die innovative Idee nennt sich »Pixel«. So haben die Gebäude keine festen

Fassaden, sondern ein Raster aus tragfähigen Strukturen vor den Außenwänden, das individuell ausgebaut werden kann: zum Balkon, zum Wintergarten, zur Erweiterung des Zimmers zum Beispiel – oder auch gar nicht. Die Fassade ist also nicht einheitlich und ändert sich mit der Zeit. Die Fachwelt befürchtet, dass sich auf diese Weise einseitig ausgerichtete Wohnungen in tiefen Gebäuden entwickeln können, und äußert Zweifel an der Realisierbarkeit des Konzepts. Zur Ausgestaltung der Freiflächen dagegen kann sie sich das Pixel-Prinzip aber durchaus vorstellen. Dabei werden Teilbereiche der Freiflächen in ein Raster aus Pixeln aufgeteilt und in kooperativen Verfahren von den Mieterinnen und Mietern mit Nutzungen versehen und gestaltet. Wir kennen das Prinzip in Ansätzen bereits von den urbanen Gemeinschaftsgärten auf städtischen Brachflächen, die ja auch nicht nur aus Pflanzkästen bestehen, sondern auch aus Gemeinschafts- und Veranstaltungsflächen sowie oft auch aus Spielbereichen für Kinder. In den Diskussionen der Stadtwerkstatt wurde das von vielen als geeignete Antwort auf die Probleme im Viertel gesehen und als Anregung zum Bilden von kooperativen Strukturen verstanden.

Hier kam aber auch die städtebauliche Idee des Vorschlags gut an, die Bau-masse auf zwei Punkthäuser zu beschränken. Dabei wäre der Bau an der Ecke Friedrich-Stampfer- und Wilhelmstraße mit 15 Geschossen und 54,5 Metern Höhe sehr hoch, der andere, näher am Bestandsbau gelegene mit sieben Geschossen und 26,5 Metern Höhe deutlich niedriger. So würde den Bestandswohnungen kaum Blick genommen und es bliebe sehr viel Freiraum.

Auch vom Bezirk wird ein angemessener Abstand zwischen den Neubauten und dem Bestand als wesentliches Element der künftigen Masterplanung gesehen. Die eindeutige Wegeführung im Vorschlag wird ebenfalls positiv gewertet, da sie zur Belebung innerhalb des Blocks beiträgt und einen Bezug zum Mehringplatz schafft. Das Pixel-Prinzip bei der Gestaltung der Freiflächen könnte auch aus der Sicht der Fachwelt eine Pionierfunktion übernehmen, eine kooperative Entwicklung mit den Anwohnenden begünstigen und zur Identifikation mit dem Ort beitragen.

cs

Der künftige Standort der ZLB ist weiter unklar

Geht es weiter für den Block um den Blücherplatz?

Es sollte der ganz große Wurf werden: Im letzten Sommer hatte der Berliner Kultursenator Joe Chialo (CDU) die Idee präsentiert, dass die Zentral- und Landesbibliothek Berlin (ZLB) künftig in die Räume des Luxuskaufhauses Galeries Lafayette an der Friedrichstraße ziehen könnte (wir berichteten in der Ausgabe 3/2023). Die Idee stieß auf große Begeisterung bei vielen (mit Ausnahme des SPD-geführten Stadtentwicklungsressorts), auch die ZLB selbst wirbt seitdem für diese Lösung.

Von einem Erweiterungsbau auf dem Blücherplatz für die beiden Standorte der Berliner Zentralbibliothek war plötzlich keine Rede mehr. Zur Erinnerung: Nach langem Standort-Gezerre und aufwändigen Prüfprozessen hatte sich der Senat im Jahr 2018 endlich auf einen künftigen Standort festgelegt und den Beschluss gefasst, dass auf dem Blücherplatz, also am jetzigen Standort der Amerika-Gedenkbibliothek, ein Erweiterungsbau errichtet werden soll. Dafür waren viel Arbeit, Zeit und Geld investiert worden: in Standortuntersuchungen, Machbarkeitsstudien sowie ein mehrstufiges und sehr aufwändiges Beteiligungsverfahren, in das auch viele Anwohner viel Zeit steckten.

Doch dann begab sich im Frühjahr 2023 der neue Eigentümer des Quartiers 207, das amerikanische Immobilienunternehmen Tishman Speyer Properties, auf die Suche nach potenziellen neuen Mietern für den Prestigebau in der Friedrichstraße, in dem sich bislang die Galeries Lafayette befand. Die »geniale Idee« bestand nun darin, dass das Land Berlin, statt

selbst einen ZLB-Erweiterungsbau zu errichten, das Quartier 207 erwerben sollte, um die Zentral- und Landesbibliothek komplett in der Friedrichstraße unterzubringen. Im Herbst wurden dann auch Zahlen bekannt: Tishman Speyer hatte dem Land Berlin ein erstes Kaufpreisangebot unterbreitet, die Kosten für den Kauf des Quartiers 207 und den Einzug der Bibliothek wurden mit rund 589 Millionen Euro beziffert, inklusive Gebäudeumbau. (Tishman-Speyer hatten erst vor wenigen Jahren das besagte Quartier für ca. 200 Mio Euro erworben.)

Doch bislang ist völlig unklar, woher das Geld dafür kommen soll. In der Investitionsplanung des Landes Berlin für 2024/25 taucht die ZLB gar nicht auf, weder als Neubau noch als Grundstücksankauf. Erst im Landeshaushalt für die Jahre 2026/27 solle laut Kultursenator der ZLB-Umzug eingeplant werden. Schaut man sich allerdings den angespannten Landesetat und die harten Berliner Sparvorgaben für die nächsten Jahre an, ist das eher utopisch. Es wäre auch schwer zu vermitteln, warum das Land Berlin mehr als eine halbe Milliarde Euro für einen Prestigebau an einen amerikanischen Immobilienunternehmen zahlt und ihm damit noch einen satten Gewinn verschafft, wenn nicht mal ca. 20 Millionen für die Sanierung der landeseigenen Friedrichstraße 1-3 zur Verfügung stehen (siehe S. 4/5).

Es wurde also ein wenig still um die Idee, bis kürzlich »konkrete Überlegungen« öffentlich wurden, neben der ZLB auch Teile der Staatsbibliothek für bis zu 15 Jahre im Lafayette-Gebäude unterzubringen. Denn die Staatsbibliothek in der Potsdamer Straße wird aufwändig saniert und braucht einen Ausweichstandort. Über die Mieteinnahmen durch die Staatsbibliothek, die der Stiftung Preußischer Kulturbesitz und damit dem Bund

gehört, könnte der Ankauf des Quartiers 207 mitfinanziert werden. Der Tagesspiegel berichtete außerdem von einem bislang unter Verschluss gehaltenen Gutachten der landeseigenen Berliner Immobiliengesellschaft BIM, wonach die notwendige Sanierung der zwei ZLB-Standorte in der Breiten Straße in Mitte und am Blücherplatz einschließlich eines Erweiterungsbaus teurer sei als der Kaufpreis für den Standort in der Friedrichstraße. Demnach wird auch erwogen, das sanierungsbedürftige Bibliotheksgebäude in Mitte an einen Immobilienentwickler zu verkaufen. Unklar ist aber weiterhin, was eigentlich aus dem (landeseigenen) Gebäude der Amerika-Gedenkbibliothek am Blücherplatz wird, wenn die Bibliothek dort auszieht.

Bei all diesen Überlegungen geht es aber nicht nur um die Finanzierung, sondern auch um den Faktor Zeit. Ob nämlich ein privates, profitorientiertes Immobilienunternehmen wie Tishman Speyer Properties die notwendige Geduld für die Finanzprobleme des Landes Berlin und die langwierigen Berliner Entscheidungsprozesse aufbringt, ist mehr als fraglich. Die Räume der Galeries Lafayette stehen jetzt leer, vor einigen Wochen hat der Eigentümer beim Bezirksamt Mitte digital einen Bauantrag mit beabsichtigter Nutzungsänderung der Immobilie gestellt. Demnach soll die bisherige Verkaufsfläche der Galeries Lafayette vom 1. bis zum 7. Obergeschoss in Büros umgewandelt werden. Darüber hinaus sollen wieder Einzelhandelsflächen, ein Restaurant und ein Café entstehen. Ein solcher Bauantrag ist erstmalig völlig unverbindlich. Aber er verdeutlicht, dass der Eigentümer kein Interesse an einem langen Leerstand der Luxus-Immobilie hat und sich auch nach anderen Interessenten umschaut.

Unterdessen macht sich das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg Gedanken darüber, wie es nun rund um den Blücherplatz weitergehen soll. Im Vertrauen auf den Senatsbeschluss von 2018 hatte der Bezirk sechs Jahre lang eigene Planungen für den Block 619 (mit der Blücherstraße und dem Blücherplatz, dem Waterloo-Ufer und der Zossener Straße) zurückgestellt, etwa Verkehrsmaßnahmen am Halleschen Ufer und Freiflächenplanungen. Anfang Juli fand eine Fachabstimmung des Bezirksamts zum Block 619 statt, über die Ergebnisse wurde auf dem letzten Sanierungsbeirat berichtet. us





Der Kiez als Einzelhandelsstandort

Am »Tag der Städtebauförderung« ging es bei einem Kiezrundgang um die Gewerbelandschaft

In der Südlichen Friedrichstadt ist das Thema Gewerbe ein Dauerbrenner mit vielen Facetten: Leerstehende Erdgeschossläden, mangelnde Nahversorgungsangebote und ein wenig attraktives Umfeld einerseits, andererseits neue hippe-Läden ein paar hundert Meter weiter.

Es gibt alteingesessene Geschäfte ebenso wie Neuan siedlungen und viele Ideen. Die Erdgeschosszonen prägen oft unser Bild eines Ortes und seine Atmosphäre in besonderem Maße, weil sie sich eben auf menschlicher Augenhöhe befinden. Im Kiez wird deshalb viel über die Nutzung der Erdgeschosszonen diskutiert. Aus diesem Grund war der diesjährige »Tag der Städtebauförderung«, der bundesweit am 4. Mai begangen wurde, im Sanierungsgebiet Südliche Friedrichstadt dem Thema Gewerbe gewidmet. Die Büros Stadtkontor und asum als Gebietsbetreuer und das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg hatten zu einem Rundgang durch den Kiez eingeladen, um den Einzelhandelsstandort zu erkunden und viele Interessierte waren gekommen. Das Interesse war so groß, dass die ursprünglich angesetzten drei Stunden nicht ausreichten – erst nach mehr als vier Stunden endete die Veranstaltung.

Der Spaziergang startete an der Kiezstube und führte über den Mehringplatz und die Friedrichstraße bis zum Fromet-und-Moses-Mendelssohn-Platz. Stationen waren u.a. der Mehringplatz, der neue Mehring-Markt, der ehemalige Edeka, der Besselpark und die Neubauten am ehemaligen Blumengroßmarkt. Dabei gab es viele Gespräche mit Anwohnern, Gewerbetreibenden und Besuchern. Auch die Gewerbetreibenden schilderten ihre Sicht auf den Standort, berichteten von ihren Erfahrungen und von Problemen, mit denen sie teilweise zu kämpfen haben. Am Ende ging es in einer Schlussrunde in der Fußgängerzone noch um die Entwürfe für den Block 616 (siehe S. 7-11), denn auch hier sollen Erdgeschossräume für diverse gewerbliche und soziale Nutzungen entstehen.

CHRISTOPH FOCKELT

Neue Entwicklungen am Hafenplatz

In unserer letzten Ausgabe hatten wir ausführlicher über die Planungen am Hafenplatz berichtet. Die Gebäude dort sollten abgerissen und durch Neubauten ersetzt werden.

Doch das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg geht jetzt auf Abstand zu den Plänen des Projektentwicklers Art Projekt – auch wegen der Nachrichten über staatsanwaltschaftliche Ermittlungen gegen den Geschäftsführer der Hedera Bauwert, die Mehrheits-eigentümer des Hafenplatz-Areals ist.

Bezirksstadtrat Florian Schmidt erklärte, dass die Pläne des Projektentwicklers Art Projekt, das Hafenplatzareal abzureißen und unter Beteiligung der Gewobag neu zu errichten, ein Vorhaben von großer Komplexität sei. Das Bezirksamt habe diese Idee für denkbar gehalten und Kooperationsbereitschaft signalisiert – doch unter der Voraussetzung, dass die Mieter eine verlässliche Bleibeperspektive erhalten, dass ein maßgeblicher Anteil des neuen Wohnraums in kommunale Eigentümerschaft übergeht und städtebauliche und klimapolitische Vorteile überwiegen.

Jedoch, so der Stadtrat, sei »bei mir und vielen anderen Beteiligten und Betroffenen inzwischen der Eindruck entstanden, dass die nicht zufriedenstellende Situation hinsichtlich des baulichen und hygienischen Zustandes am Hafenplatz und das dem Vernehmen nach die Mieter*innen verunsichernde Agieren der Eigentümerverwaltungen gegenüber der Politik als Druckmittel zum Einsatz zu kommen scheint. Meine Gespräche ergaben, dass das Vertrauen vieler Beteiligter in die Hedera Bauwert derzeit stark reduziert ist.« Aufgrund der Vorbehalte vieler Beteiligter und damit auch der Abteilung Kooperative Stadtentwicklung sei daher eine Kooperation mit der Hedera Bauwert »unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht möglich«. Dennoch müsse im Interesse der Mieterschaft eine dauerhafte Lösung gefunden werden.

Für Juli und August hat das Bezirksamt folgende Maßnahmen angekündigt:

- die Bestandsaufnahme von Mieterdaten durch die asum, um Maßnahmen zum Mieterschutz besser gestalten zu können,
- Fachgespräche zu architektonischen, immobilienwirtschaftlichen und städtebaulichen Perspektiven für das Hafenplatzareal.

Am 8. Juli fand eine Mieterversammlung statt, bei der das Bezirksamt gemeinsam mit dem Berliner Mieterverein, der asum und der Mietervernetzung Hafenplatz die Lage erörterte.

Zudem wird die Bau- und Wohnungsaufsicht allen Mängelanzeigen nachgehen und auf die Einhaltung der gesetzlichen Pflichten der Eigentümer pochen.

Anlaufstelle für Fragen zu Vorhaben im Kiez

Die »Räume für Beteiligung – Stadtentwicklung Xhain« bieten Information und Unterstützung

Sie wollen wissen, was da in der Nachbarschaft geplant oder gebaut wird, wissen aber nicht, wen Sie danach fragen könnten? Die »Räume für Beteiligung« sind eine Anlaufstelle für alle, die Fragen zur Stadtentwicklung in Friedrichshain-Kreuzberg haben oder sich engagieren möchten. Sie helfen bei der Suche nach Infos und Ansprechpersonen oder bei der Raumsuche fürs Nachbarschaftstreffen und wissen, wo es Technik für die nächste Versammlung gibt.

Die »Räume für Beteiligung« werden von zwei Trägern aus den beiden Stadtteilen umgesetzt: dem Stadtteilbüro Friedrichshain und der Bauhütte Kreuzberg. Sie bieten regelmäßige Sprechzeiten vor Ort und/oder mit dem mobilen Infostand an. Sie arbeiten eng zusammen mit dem Team der Anlaufstellen-Koordination in der Bezirksverwaltung, das für Fragen und Anliegen der Fachämter zuständig ist. Dadurch entsteht eine Brücke zwischen Bürgern und Verwaltung, die den Informationsfluss und die Verständigung bei konkreten Beteiligungsprozessen erleichtert.

Mit einer Infotour im Mai informierten die »Räume für Beteiligung« in verschiedenen Kiezen über ihre Arbeit allgemein sowie aktuelle Vorhaben der Stadtentwicklung und stellten auch ihre neue Website vor: Auf xhain-beteiligt.de werden aktuelle Meldungen, Termine und Hintergrundwissen veröffentlicht. Die aktuellen Vorhaben und Beteiligungsprojekte in der Stadtentwicklung sind zudem auf der Plattform mein.berlin.de zu finden.

Standorte & Sprechzeiten:
Stadtteilbüro Friedrichshain,
Warschauer Straße 23, 10243 Berlin,
Sprechzeiten: mo + do 17–19 Uhr,
mi 13–16 Uhr
Bauhütte Kreuzberg,
Friedrichstraße 18/19, 10969 Berlin,
Sprechzeiten: di 16–19 Uhr, fr 12–16 Uhr
Mail: kontakt@xhain-beteiligt.de
Info und mehr unter xhain-beteiligt.de



CHRISTOPH ECKELT

Frauen Europas

Im Juni standen Europas Frauen im Mittelpunkt – jedenfalls in der Fußgängerzone der Friedrichstraße (s.o.), nah am Mehringplatz: Dort wurde am 5. Juni eine Ausstellung mit dem Titel »Frauen Europas – Europas Frauen« anlässlich der Europawahl eröffnet. Die Ausstellungstafeln präsentierten 27 Zitate von europäischen Frauen. Der Ort war nicht zufällig gewählt: Denn seit einigen Jahren gibt es in der Fußgängerzone vor der Friedrichstraße 1-4 den »Pfad der Visionäre«: im Boden eingelassene Platten, auf denen Zitate von bedeutenden Menschen aus jedem Mitgliedsland der EU zu lesen sind. Das Kunstprojekt war damals vom Verein Kunstwelt e. V. initiiert worden. Die EU-Mitgliedsländer reichten damals aber überwiegend Zitate von Männern ein. Die temporäre neue Ausstellung richtete nun das Augenmerk auf visionäre europäische Frauen.

Kristijana Penava, Vorstand von Kunstwelt e.V. sagte bei der Eröffnung, man

wolle damit auf die Vielfalt der Geschlechter in Europas Geschichte aufmerksam machen. »Zudem lädt das Projekt zum Nachdenken ein, wie und warum welche Persönlichkeit als Repräsentantin des jeweiligen Landes ausgewählt wurde«, so Penava. Projektleiter Bongor Voges erinnerte an die Geschichte: Der Belle-Alliance-Platz, wie der Mehringplatz früher hieß, habe damals seinen Namen in Folge der Freiheitskriege gegen die napoleonische Fremdherrschaft in den Jahren 1813–1815 erhalten und unterstreiche auf besondere Weise das Streben der europäischen Nationen nach Souveränität. Damals habe man sich von dem Imperialismus Napoleons befreit und heute müsse man sich erneut gegen eine solche Politik stellen.

Mit weiß gedeckten Tischen und Blumen sorgte das Team des Quartiersmanagements Mehringplatz zur Eröffnung für einen feierlichen Rahmen. Unterstützt wurde die Veranstaltung vom Café MaDame, vom Café Latte, vom Asia-Markt in der Friedrichstraße und dem Auswärtigen Amt.

Mehr Garten!

Das Projekt »Mehr_Garten« hat sich vorgenommen, gemeinsam mit interessierten Menschen aus der Nachbarschaft auf den Freiflächen zwischen den Hochhäusern mehrere Gärten anzulegen. Der Quartiersrat Mehringplatz hatte das Projekt auf den Weg gebracht, das aus Mitteln des Programms Sozialer Zusammen-

halt finanziert und von der gemeinnützigen Stadtbienen gGmbH umgesetzt wird. Regelmäßig trifft sich nun die Initiative in der Kiezstube (Mehringplatz 7). Wer mitmachen möchte, findet Kontakt und weitere Informationen auf der Website <https://www.stadtbienen.org/mehr-garten>. Man kann sich auch direkt beim Projektleiter Andreas Roth melden: andreas@stadtbienen.org, Telefon: 0162 9092 575

Eddi und der Bundes-Schmetterling

Ich mag die Fußball-Europameisterschaft, denn man sieht jetzt in Kreuzberg viele Fans aus allen möglichen Ländern auf der Straße. Manchmal kicken die sogar mit uns auf dem Bolzplatz – zuletzt zum Beispiel eine Gruppe von Spanierinnen und Spaniern. Die waren echt gut.

Am Fernsehen bin ich eigentlich ein Fan der deutschen Nationalmannschaft. Aber ich finde, die sollte langsam mal ihr Trikot ändern. Nicht wegen der Farbe des Auswärtstrikots, über die sich alle so aufregen. Das finde ich lustig, weil das Pink-Lila echt knallt und schon von weitem auffällt. Was ich nicht mag, ist dieser Adler vorne auf der Brust. Wir Erdmännchen haben nämlich Angst vor Adlern. In Afrika stehen immer einige von uns in der Steppe und schauen in den Himmel. Wenn da so ein Umriss auftaucht wie auf dem Nationaltrikot, dann rufen sie laut – und alle flüchten sofort in den Bau. Wir lernen also schon als kleine Kinder, dass man



weglaufen muss, sobald man auch nur den Schatten eines Adlers sieht. Und das macht es einem Erdmännchen schwerer, Fan der deutschen Nationalmannschaft zu sein!

Leider haben noch andere Mannschaften bei der EM einen Adler auf der Brust, nicht nur die Deutschen, sondern zum Beispiel auch die Österreicher, die Polen, die Serben und die Albaner. Und nicht nur die Adler machen uns Angst. Die Engländer, die Tschechen, die Niederländer und die Schotten spielen mit einem oder mehreren Löwen auf der Brust. Und die sind ungefähr genauso gefährlich für uns Erdmännchen wie Adler. Wir haben sofort den Drang wegzurennen, sobald einer in unser Blickfeld gerät.

Es gibt auch Mannschaften, die es besser machen. Die Belgier und die Dänen zum Beispiel haben zwar eigentlich auch Löwen im Staatswappen, aber eben nicht auf dem Fußballtrikot. Da begnügen sie sich mit Buchstaben und komischen Symbolen, von denen keiner weiß, was sie bedeuten. Die nehmen Rücksicht auf uns Erdmännchen und ich finde, Deutschland sollte es auch so machen! Die französischen Fußballer tragen zum Beispiel einen Hahn auf der Brust, obwohl ihr Staatswappen eigentlich ein goldenes Beil zeigt. Die wollen einem also auch nicht unbedingt Angst machen. Mein Lieblingswappen in Europa ist aber das von Irland, das leider nicht bei der EM mitspielt. Deren Staatswappen, das man manchmal auch auf einer Ein- oder Zwei-Euro-Münze sieht, zeigt eine Harfe. Niemand hat Angst vor Leuten, die Musik machen und singen! Und mein Papa hat mir erzählt, dass die irischen Fußballfans die allerbesten Sänger der Welt sind und er sich früher Spiele von Irland vor allem deshalb angeschaut hat, weil die so super singen im Stadion. Auf dem irischen Fußballtrikot findet man freilich ein anderes Zeichen, vor dem wir Erdmännchen keine Angst haben: ein grünes Kleeblatt.

Wieso können die Deutschen nicht auch ein Wappen haben, vor dem man nicht davonlaufen will? Es muss ja nicht unbedingt ein Paradiesvogel sein, wie der auf dem Wappen von Papua-Neuguinea, das mein Lieblingswappen auf der Welt ist. Wie wäre es aber zum Beispiel mit einem Schmetterling? Der sieht von weitem sogar dem Bundesadler irgendwie ähnlich. Ich glaube nicht, dass die Deutschen weniger Tore schießen, nur weil auf ihrer Brust ein Schmetterling prangt statt einem Adler, selbst wenn sie das pink-lila Trikot anhaben. Man würde damit aber uns Erdmännchen einen Gefallen tun, und nicht nur uns, sondern zum Beispiel auch den Murmeltieren in den Alpen oder den Präriehunden, die aus Nordamerika zu uns gekommen sind. Zu einem bunten und vielfältigen Deutschland passt der Schmetterling besser als ein Adler, findet jedenfalls **Euer Eddi, das Erdmännchen**

Der König auf dem Lastenrad

Wenn ich in diesen Tagen irgendwo ein Lastenrad sehe, muss ich automatisch an den dänischen König denken: Frederik, der Zehnte. Er wurde erst im Januar gekrönt und ist deshalb in Deutschland noch nicht so bekannt.

Während der EM, jenem grandiosen Fest für Europa war er aber häufig bei uns, um die Spiele Dänemarks im Stadion zu verfolgen. Ein Foto zeigt ihn als schmucken Mittfünfziger mit offenem Hemdkragen neben dem wie immer bis oben hin zugeknöpften und beschlipsten englischen Kronprinzen William. An der Hand hält Frederik seine inzwischen 13-jährige Tochter Josephine. Als sie noch klein war, hat ihr Vater sie mit dem Lastenrad durch Kopenhagen transportiert. Daran muss ich jetzt immer denken, wenn ich irgendwo ein Lastenrad sehe. Schuld ist ein Text des dänischen Journalisten Mathias Irminger Sonne, der Ende Mai in der »Zeit« erschien. Er behandelt das Thema Radfahren in Berlin und lässt an der Berliner Verkehrspolitik kein gutes Haar. Die Überschrift seines Textes lautet: »Ich konnte das Chaos kaum fassen«. Als er vor 15 Jahren von Kopenhagen nach Berlin zog, fand er Folgendes vor: »Fehlende Radwege. Zerlöcherte

Radwege. Radwege, die plötzlich enden oder vor Bäumen abrupt abknicken. Unmögliche Kreuzungen ohne getrennte Ampeln für Fahrräder. Und auch damals schon:

Aggressionen zwischen Auto- und Fahrradfahrern. Verwundert musste ich feststellen, dass Fahrräder in Berlin als Problem und nicht als Lösung gesehen werden.«

Wer schon mal in Kopenhagen war, kann das Entsetzen des Dänen nachvollziehen. Ich besuchte die dänische Hauptstadt vor einigen Jahren mit meinen beiden halbwüchsigen Söhnen. Wir waren dabei fast immer per Rad unterwegs, was großen Spaß machte. Zurück in Berlin schlossen die beiden Jungs ihre Fahrräder weg und fassten sie jahrelang kaum noch an: Der Berliner Straßenverkehr machte ihnen nur noch Angst.

Mathias Irminger Sonne wohnt in Kreuzberg und arbeitet inzwischen als Kultur- und Kommunikationschef in der dänischen Botschaft in Tiergarten-Süd. Er hat wie die meisten Kreuzberger kein Auto und würde gerne mit dem Rad zur Arbeit fahren:

»Eigentlich wäre der Weg entlang des Landwehrkanals am schnellsten. Klingt romantisch. Am Reichpietschufer und Schöneberger Ufer sind aber doppelspurige Straßen für Autos auf beiden Seiten – zum Teil ohne Fahrradwege, dafür mit Busspuren, Baustellen und geparkten Autos auf der Innenspur. Und wo es Radwege gibt, verlaufen die teils über Gehwege, Fahrbahn und Kopfsteinpflaster.« Das ist leider normal in Berlin, auch wenn sich am Kanal in letzter Zeit etwas tut. Mit der derzeitigen Senatspolitik wird es aber noch lange dauern, bis die Route bis ins Botschaftsviertel

komplett ist: Am Halleschen Ufer sind die Pläne ja bereits auf Eis gelegt... In einem späteren Teil seines Artikels kommt der Autor dann auf sein Lastenrad zu sprechen: »Selbstverständlich habe ich ein Lastenrad gekauft, als meine erste Tochter in Berlin auf die Welt kam. Teuer? Ja. Aber das Lastenrad hat 15 Jahre mit Reparaturen für wenige Hundert Euro gehalten. Parkgebühren und Spritkosten: null. Auch unsere zweite Tochter, die täglichen Einkäufe und fast alle Materialien für eine Wohnungsrenovierung haben reingepasst. Umso größer ist meine Fassungslosigkeit darüber, wie das Fahrradfahren und vor allem das Lastenradfahren in gewissen Teilen der deutschen Presse fast identitätspolitisch dämonisiert wird: So etwas fährt ja nur das rotgrünverwöhnte Biobürgertum, das uns das gute alte Auto wegnehmen will!

Aus Kopenhagener Sicht purer Nonsense. Fahrradfahren ist hier ein fast schon konservatives Kulturgut geworden, und Lastenrad fahren alle Eltern, denen ihre Zeit lieb ist. Sogar Frederik, unser neuer König, ist viel mit seinen königlichen Kids in einem Lastenrad in Kopenhagen herumgefahren – ohne dafür verspottet zu werden, aber gefeiert wurde er auch nicht. Denn das Lastenrad ist einfach ein praktisches Transportmittel in einer Großstadt.«

Seit diesem Text erscheint mir, wie gesagt, immer Frederik X. mit seinen Kindern, sobald ich ein Lastenrad erspähe. Ich habe auch schon mal versucht, mir den Bundespräsidenten auf einem mit Deutschlandfahnen geschmückten Lastenrad mit zwei Kindern darin vorzustellen. Funktionierte aber nicht.

cs

